

Nato-Osterweiterung und der Ukraine - Konflikt

Genscher & Baker: "Keine Osterweiterung der NATO":

<https://www.youtube.com/watch?v=F2iOAtNlleg>

Die Ukraine - zwischen Ultra-Nationalisten und den Interessen der Großmächte

https://www.youtube.com/watch?v=_pOjaOcaqew

<https://www.dw.com/de/wer-steckt-hinter-burisma/a-17641368>

Wer waren die Scharfschützen des Maidan?

<https://www.heise.de/tp/features/Wer-waren-die-Scharfschuetzen-des-Maidan-3364781.html>

<https://www.youtube.com/watch?v=Zm8duuDhvys>

<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Putsch-in-Kiew-Welche-Rolle-spielen-die-Faschisten,ukraine357.html>

Die Osterweiterung der NATO

Ein kurzer „Trailer“ zu Beginn: <http://www.youtube.com/watch?v=tnk69c5Po5s>



Die territoriale Expansion der NATO

- Gründung der NATO (4. 4. 1949)

seit 1952: auch Türkei, Griechenland; seit 1982: Spanien

- 1955: NATO-Beitritt Deutschlands

Als Reaktion gründete die Sowjetunion den Warschauer Pakt

- 1991: Auflösung des Warschauer Pakts

(nach Jelzins Gorbatschow - Entmachtung)

- 1993: Warschauer Erklärung zwischen Jelzin/Walesa

als „Startschuß“ und Kopenhagener Kriterien zum EU-Beitritt Impuls der NATO zur Osterweiterung

- 1994: Beginn „Partnerschaft für den Frieden“

dient als Vorstufe für die Mitgliedschaft

- Erweiterungsrounden: 1999, 2004, 2009

„Den westlichen Alliierten steht eine lange, andauernde und präventiv zu führende Verteidigung ihrer Gesellschaften und ihrer Lebensart („way of life“) bevor. Deshalb müssen sie Risiken auf Distanz halten, während sie ihre Heimatländer beschützen.“

Towards a Grand Strategy for an Uncertain World, erschienen 2008 und geschrieben von sechs ehemaligen hochrangigen NATO-Generälen

Funktionale Expansion 1/3

Formaler Hauptzweck während des Kalten Krieges:

Landesverteidigung und die Beistandsverpflichtung der Mitgliedsstaaten im Fall eines Angriffs auf einen NATO-Staat

„Die NATO hat die Aufgabe die Russen aus Europa raus, die Deutschen unten und die USA in Europa drin zu halten.“

Lord Ismay, erster NATO-Generalsekretär 1952-1957

Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949:

Artikel 5

*Die Parteien vereinbaren, dass **ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird**; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, **Beistand leistet**, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wieder herzustellen und zu erhalten. [...]*

Funktionale Expansion 2/3

Umrüsten für die globale Interventionen:

- 1991: Gründung der „Rapid Reaction Force“ -> soll Militärinterventionen außerhalb des NATO-Raumes durchführen
- 1992: Beschluss fortan auf Ersuchen auch Einsätze der KSZE und UNO zu übernehmen, selbst wenn diese außerhalb des Bündnisgebietes stattfinden sollten

→ Umsetzung dieser neuen Interventionsstrategie:

- 1992: Kontrolle des Waffenembargos gegen Jugoslawien, 1994: Luftwaffen-Kampfeinsätze in Bosnien-Herzegowina, 1995: NATO übernimmt Kommando über IFOR (später SFOR)
„Es begann mit einer Lüge“: Dokumentarfilm über die Manipulation der Öffentlichkeit vor den Angriffen der NATO gegen Jugoslawien (WDR, 2001)
<http://www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRIXM5U>

Weltweite Ausgaben für Militär 2001 und 2011 und NATO-Atomwaffen

2001:

Insgesamt: 1044 Mrd. USD

davon NATO: 669 Mrd. USD

2011:

Insgesamt: 1738 Mrd. USD

davon NATO: 1039 Mrd. USD = 59,8 %

weltweit::

USA: 711 Mrd. USD

Großbritannien: 63 Mrd. USD

Frankreich: 63 Mrd. USD

Deutschland: 47 Mrd. USD

VR China: 143 Mrd. USD

Russland: 71,9 Mrd. USD

Quelle: SIPRI-Yearbook

Land	Anzahl Atomwaffen
Belgien (Kleine Brogel)	10-20
Deutschland (Büchel)	10-20
Italien (Aviano und Ghedi Torre)	60-70
Niederlande (Volkel)	10-20
Türkei(Incirlik)	60-70
GESAMT	160-200

Funktionale Expansion 3/3

NATO-Strategie 2010 (Gipfeltreffen in Lissabon):

- Ergänzung „Bedrohungs Bündel“ nun noch um Cyberangriffe, Klimawandel und Wasserknappheit sowie Aufwertung des Faktors Energiesicherung
- Aufbau NATO-eigener ziviler Planungskapazitäten (siehe „comprehensive approach“) zur zivil-militärischen Zusammenarbeit
- Aufwertung der EU als „strategischer Partner“ der NATO für „ die praktische Kooperation in Operationen im gesamten Spektrum an Kriseneinsätzen“ und zur „faireren Lastenverteilung“
- Bekenntnis, einen NATO-Raketenabwehrschild aufzubauen
- Weiterentwicklung der „Partnerschaften zur Ukraine und Georgien“ zur späteren NATO- Mitgliedschaft.
- NATO: „Bodyguard der Globalisierung“

Aus Arbeitspapier 68/ 2008 des Osteuropa-Instituts der FU Berlin

Über das “Potential der NATO, die institutionelle Konvergenz der Transformationsländer auf dem Weg zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft zu beeinflussen“:

„Die NATO hat in der Ukraine besonders nach dem Krieg zwischen Russland und Georgien an sicherheitspolitischer Attraktivität gewonnen und, im Gegensatz zur EU, der Ukraine auf dem Gipfel von Bukarest im April 2008 eindeutig eine Beitrittsperspektive eingeräumt.“

Neben den rein sicherheitspolitischen Mechanismen „verfügt die NATO deshalb vermutlich über eine relevante Hebelwirkung bei ihrem Verlangen nach Förderung von Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit.“

„Sowohl im Hinblick auf den geographischen Rahmen als auch bezüglich des Erweiterungs- und Kooperationstempos hat die NATO die EU in Osteuropa weitgehend überholt.“

Das heutige Arsenal der NATO-Integrationsschritte insbes. zur Ost-Erweiterung (aus ebenda)

(in Anlehnung an EU-Integrationsverfahren)

- PfP (Partnership for Peace, 1994): demokratische und marktwirtschaftliche Reformen durch die NATO-Kooperation. Die PfP ist jedoch explizit kein Verteidigungsbündnis; die Beistandspflicht bleibt NATO-Mitgliedern vorbehalten.
- IPAP (indiv Partnerschaftsaktionsplan) und AP (Aktionsplan) seit Prager Nato- Gipfel 2002: AP und IPAP definieren dabei landespezifische Ziele der Kooperation, auch innenpolitische und wirtschaftliche Fragen in den AP und IPAP stärker einbezogen.
- ID (intensivierter Dialog) von Madrid 1997: hier besonderer Fokus auf der „Stärkung demokratischer Institutionen
- Map (Aktionsplan für die Mitgliedschaft; als letzten Schritt zur reibungslosen Integration) von Washington 1999: die Staaten sollen durch Beratung, Unterstützung und praktische Betreuung mit Monitoring- und Kontrollmechanismen auf den NATO-Beitritt vorbereitet werden

Ein Vorgeschmack auf TTIP als „Wirtschafts-NATO“

Ein sog. Schieds“gericht“ in Den Haag verklagt die russische Regierung zur Zahlung von 50 Milliarden US-Dollar an die ehemaligen Aktionäre des russischen Ölriesen Yukos. Die Enteignung vor fast zehn Jahren sei unrechtmäßig und zugunsten des Staates gewesen, so das Schieds“gericht“. Noch nie wurde ein Staat zu einer so hohen Entschädigungszahlung verurteilt. Die geforderte Entschädigungszahlung entspricht ungefähr 2,5% der gesamten russischen Wirtschaftskraft oder 57% der für Haushaltsdefizit zurückgelegten Reserven des Landes. Das Urteil ermöglicht den ehemaligen Aktionären, russische Werte im Ausland – etwa das Vermögen von Staatskonzernen wie Gazprom – zu pfänden.

Michail Chorodowski, der erst aus den westlichen Medien und von EU-PolitikerInnen erfahren hatte, dass er Demokrat sei, kann nun mit einem Goldregen rechnen. Es sei wunderbar, dass wenigstens Aktionäre die Chance auf Wiedergutmachung bekämen, befand er

Mit dem ökon. Aufholen der Schwellenländer, wird TTIP als Versuch gedeutet, die Vormachtstellung der alten Zentren zu wahren. Äußerungen von Hillary Clinton und des einflussreichen Geostrategen Zbigniew Brzezinski belegen das. Clinton sprach von einer „ökonomischen Nato“. Und Brzezinski erhofft sich von der Handelsgemeinschaft „mehr Lebenskraft, mehr Sicherheit und einen stärkeren Zusammenhalt im Westen“.[35]

Die Nato als System-Transformations-Instanz - hier am Beispiel Ukraine - im „Wettlauf“ mit der EU

„Nato-Kooperation in den 90iger Jahren hatte lediglich deklaratorischen Charakter neben der EU-Mitgliedschaft auch die NATO-Mitgliedschaft auf der Agenda der Parteien der „orangenen Koalition“ was auch wesentlich zur Orangen Revolution beigetragen haben dürfte.“

„Die NATO stellt eine Alternative bei der Europäisierung in der Ukraine dar, da dort bislang **kaum eine EU-Beitrittsperspektive** vorhanden war.“



2014:

Statt EU-Beitritt das Assoziierungsabkommen (incl. militärischer Ausrichtung) und IWF-Kredit - Vorgaben

Der Maidan unter Einfluß der USA

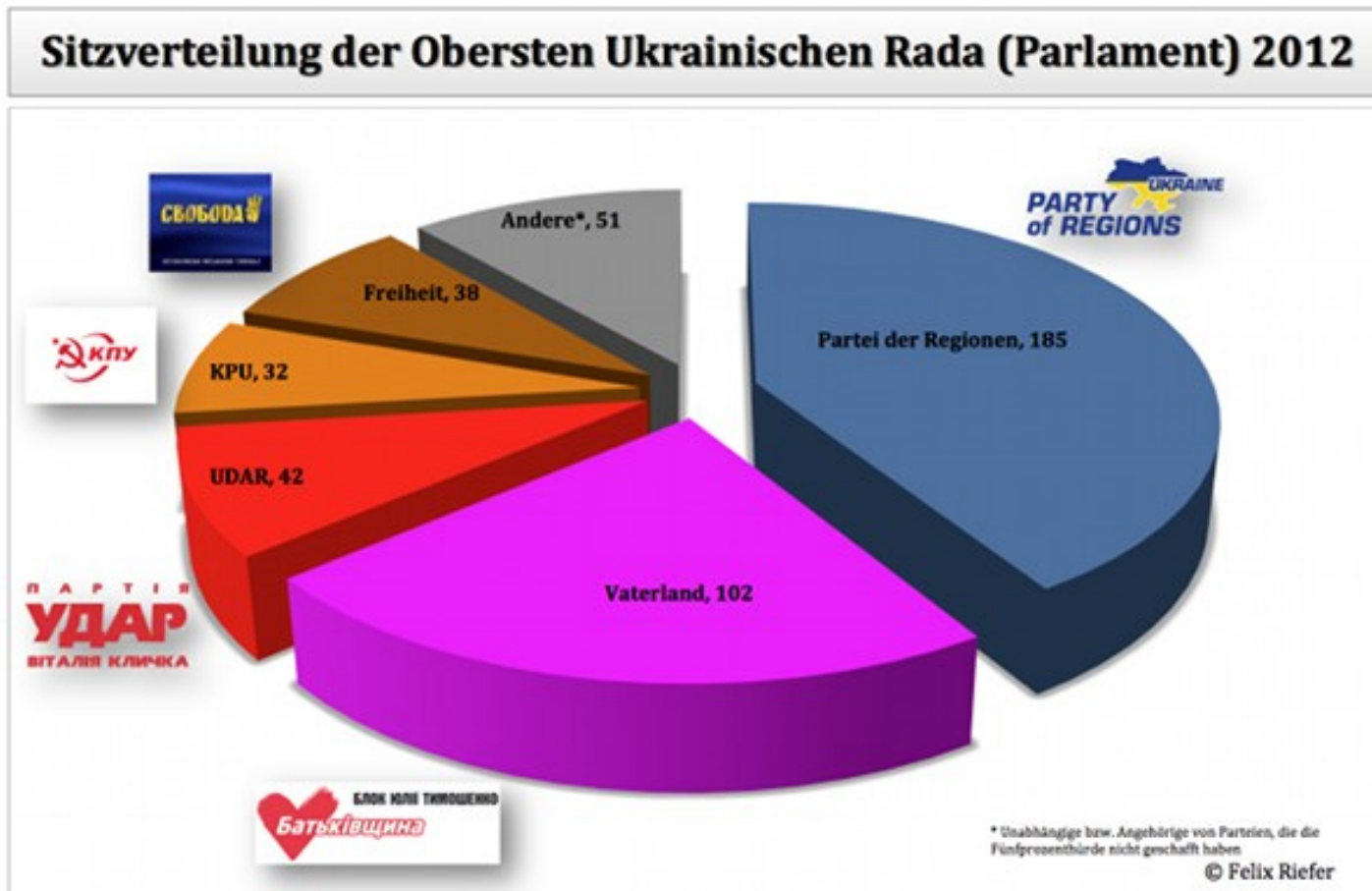
Die US-Administration hatte ihrerseits erheblich am Aufbau der Opposition in der Ukraine mitgewirkt und gedreht. Vorne dran Victoria Nuland, die berüchtigte Fuck-the-EU-Staatssekretärin für Europa und Eurasien im US-Außenministerium. Das 'Handelsblatt' (26.2.14) berichtet: „Bereits am 13. Dezember trat Nuland vor Mitgliedern des Ukraine Business Council auf, im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, die laut Council gesponsert wurde von ExxonMobil, Chevron, Monsanto, dem ukrainischen System Capital Management, Global Logic und Coca Cola. Sie teilte stolz mit, dass die **USA mehr als fünf Milliarden (!) Dollar ausgegeben haben**, „um die Ukrainer zu unterstützen, als sie ihre demokratischen Fähigkeiten und Institutionen aufbauten.“



Weißes Haus bestätigt Gerüchte über Besuch des CIA-Chefs nach Kiew



Parlamentsparteien vor den Maidan-Ereignisse



Allukrainische Vereinigung „Vaterland“

- „Vaterland“ hat keine klar definierte Ideologie; Positionen gemäß einer „catch-all“-Partei
- „Vaterland“ wurde am 1999 von ehemaligen Mitgliedern der Mitte-links-Partei Hromada, darunter Julija Tymoschenko und Olexandr Turtschynow, gegründet.
- Bei den Präsidentschaftswahlen 2004, die in der „Orangefarbenen Revolution“ mündeten, unterstützte „Vaterland“ die Kandidatur Wiktor Juschtschenkos. Nach dessen Sieg wurde Julija Tymoschenko zum ersten Mal Ministerpräsidentin.
- Ablehnung von Sozialismus und „Marktfundamentalismus“; für einen dritten Weg, den sie als „Solidarismus“ bezeichnet ;keine Mitgliederpartei mit Basisorganisation, sondern eine „professionelle Wahlpartei“.
- hat Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei und ist Vollmitglied der Internationalen Demokratischen Union obwohl sie auch Interesse an einem Beitritt zur Sozialistischen Internationale hatte. Sie setzt sich für einen EU-Beitritt der Ukraine ein.
- stark auf die Person ihrer Gründerin und Vorsitzenden Julija Tymoschenko ausgerichtet. 2012 trat auch die Front der Veränderungen (Front Smin) von Arsenij Jazenjuk der Liste der Partei „Vaterland“ bei. Spitzenkandidat des Bündnisses war Jazenjuk, da die inhaftierte Tymoschenko nicht antreten durfte

Ukrainische demokratische Allianz für Reformen (UDAR)

- 2010 vom Profiboxer und mehrfachen Weltmeister im Schwergewicht Vitali Klitschko gegründet, der auch Parteivorsitz innehat.
- Haupt-Ziele von UDAR: Modernisierung der Ukraine und eine Annäherung des Landes an die EU ; wird von der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung wie vom ukrainischen Milliardär und Gashändler Firtasch „unterstützt.“
- im Wahlkampf 2012; Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen und mit der Kommunistischen Partei explizit ausgeschlossen.
- Ab Beginn der Proteste in der Ukraine 2013 bildete die UDAR mit der faschistischen Swoboda-Partei von Oleh Tjahnybok und der Liste „Vaterland“ ein oppositionelles Dreierbündnis.
- Klitschko wird von der Swoboda als „deutscher Boxer“ verspottet.

Beim Geheimgespräch im April 2014 in Wien mit Poroschenko und Firtasch zieht Klitschko seine Kandidatur zum Präsidentenamt zurück und einigt sich auf seinen Antritt zur Wahl als Bürgermeister von Kiew

Allukrainische Vereinigung

„Swoboda“

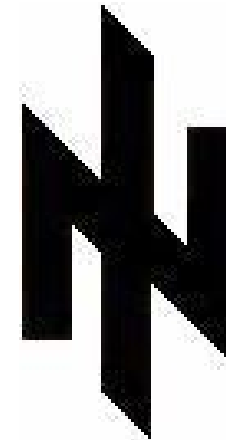
(Parteilogo bis 2004)

wurde im Jahr 1991 gegründet, aber erst 1995 offiziell registriert; ging aus einer Vereinigung von studentischen Bruderschaften, lokalen nationalukrainischen Verbänden und Afghanistan-Veteranen hervor. Bis Februar 2004 hatte sie den Namen Sozial-Nationale Partei der Ukraine; um politisch hoffähiger zu werden dann den Namen Swoboda (Freiheit) angelehnt an die österr. FPÖ.

Seit 2009 Beobachterstatus in der Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen, zu dieser Vereinigung gehören auch die ungarische Jobbik und die British National Party. Im März 2014 zog sich die Partei aus dieser Allianz zurück, da sich einige Mitgliedsparteien, darunter der französische Front National, zustimmend zur Eingliederung der Krim in die Russische Föderation geäußert hatten.

Im Dezember 2012 wurden Swobodas Parteichef Tjahnybok und sein Stellvertreter Ihor Miroshnychenko vom Simon-Wiesenthal-Zentrum auf Platz 5 seiner „Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs“ gesetzt.

Dez. 2012 Besuch von Mandatsträgern der Swoboda bei der Fraktion der NPD im sächsischen Landtag



Zur Programmatik der Swoboda

Sie bezeichnet ihre Parteiideologie in ihren Programmen als „Sozialnationalismus“ und knüpft an das von der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) in den 1930er Jahren formulierte Konzept der „Natiokratie“ an. Der nationalistische Politiker Stepan Bandera und der Anführer der Wehrmachtslegion „Nachtigall“ Roman Schuchewytsch werden von „Swoboda“ als Nationalhelden verehrt. Eine Kampagne der Partei strebt die Namenstaupe des Flughafens Lwiw auf „Stepan Bandera“ an.

Swoboda fordert die Einführung des Merkmals "ethnische Zugehörigkeit" im Personalausweis sowie ethnische Quoten bei der Besetzung von Stellen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

In der Einwanderungspolitik fordert sie unter anderem die Unzulässigkeit der doppelten Staatsangehörigkeit und den Einwanderungsstopp von Nicht-Ukrainern, obwohl es heute de facto keine Einwanderung in die Ukraine gibt.

Außenpolitisch für den Austritt aus allen „eurasischen Bündnissen mit Zentrum in Moskau“, die Schaffung einer Baltikum-Schwarzmeer-Achse, den Status einer Atommacht Beitritt zur NATO.

Wirtschaftspolitisch sollen alle strategischen Unternehmen in Staatseigentum überführt und Importprodukte durch Güter aus ukrainischer Produktion ersetzt werden. Außerdem wird ein Verbot der Werbung für Tabakerzeugnisse und Alkohol sowie eine strafrechtliche Verantwortung bei Propagierung von Drogenkonsum und „sexuellen Perversionen“ gefordert.

Filmbeitrag unter <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Putsch-in-Kiew-Welche-Rolle-spielen-die-Faschisten,ukraine357.html>

Einfluß von Swoboda innerhalb der Umsturzregierung

Minister für Verteidigung, Landwirtschaft und Umwelt gehören zur Swoboda“ ; die einflussreichsten Neonazis haben Schlüsselpositionen und kontrollieren de facto die Streitkräfte, die Polizei (über Oleh Makhnitsky als Generalstaatsanwalt der Ukraine) und die Geheimdienste der Ukraine.

Andriy Parubiy, bereits ein Mitbegründer der Sozial-Nationalen Partei, wurde zum Sekretär des Komitees für Nationale Sicherheit und Nationale Verteidigung / RNBOU ernannt und überwacht damit das Verteidigungsministerium, die Streitkräfte, die Strafverfolgungsbehörden und alle Geheimdienste. Dieses zentrale Entscheidungsgremium untersteht zwar formal dem Präsidenten, wird in Wirklichkeit aber vom Sekretariat geführt, das aus 180 Experten aus dem Bereich der Verteidigung, der Geheimdienste und der Staatssicherheit besteht. (kürzlicher Besuch vom CIA-Chef ?) Parubiy war auch einer der Hauptinitiatoren der Orangenen Revolution im Jahr 2004.

Schon lange vor Ausbruch der Gewalttätigkeiten in Kiew setzten Swoboda-Aktivisten in Galizien Amtsträger und Politiker der Partei der Regionen mittels „Hausbesuchen“ unter Druck, um ihre Ämter aufzugeben. In Galizien Bildung einer „Nationalgarde“ , bereits im Januar 2014 wurden in den westl. Swoboda-Hochburgen Iwano-Frankiwsk und Ternopil (dessen Bürgermeister dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ ein Interview gegeben hat) die Partei der Regionen und die KPU verboten.

Film-Interview zur Charakterisierung des Maidan: https://www.youtube.com/watch?v=_pOjaOcaqew

Ergänzungen aus: The U.S. has Installed a Neo-Nazi Government in Ukraine by Prof Michel Chossudovsky, March 02, 2014

Yegor Sobolev, der Anführer einer Gruppierung der Maidan-Bewegung, die Jazenjuk politisch nahesteht, wurde zum Vorsitzender des "Lustration-Komitees" berufen, das Anhänger des abgesetzten Präsidenten Janukowytsch aus Behörden und Verwaltungen entfernen soll. Das Lustration-Komitee soll eine neonazistische Hexenjagd gegen alle Gegner des neuen Neonazi-Regimes organisieren. Mit dem Begriff "Lustration" (Reinigung) wird die "Massenentlassung" von Anhängern der früheren Regierung umschrieben. Die Lustration hat auch eine rassistische Komponente. Sie wird sich vermutlich vorrangig gegen Kommunisten, Russen und Juden richten.

Es ist wichtig, über die Tatsache nachzudenken, dass der Westen, der sich angeblich der Demokratie verpflichtet fühlt, nicht nur die Absetzung eines demokratisch gewählten Präsidenten betrieben, sondern auch ein von Neonazis dominiertes Regime installiert hat.

Wahrscheinlich ist ein Szenario der militärischen Eskalation, das zu einer Konfrontation der NATO mit Russland führen könnte. Das Komitee für Nationale Sicherheit und Nationale Verteidigung der Ukraine / RNBOU, das von Neonazis kontrolliert wird, spielt bei allen militärischen Entscheidungen eine Hauptrolle. Bei einer Konfrontation mit Moskau könnten Entscheidungen des RNBOU, das von dem Neonazi Parubiy und seinem Braunhemd-Stellvertreter Yarosh geleitet wird und Anweisungen aus Washington und Brüssel erhält, verheerende Folgen haben.

US-Profiteure am Umsturz in der Ukraine?

Einige Beispiele:

- Die US-Interessen-Absichten gelten insbesondere dem Energiesektor der Ukraine (auch gegen Rußland gerichtet).

Und zwar bei der GAS/Schiefergas-Produktion(ExxonMobil,Chevron) und der Verteilung, Ölförderung wie bei Agro-Treibstoff(Cargill,Monsanto) und der Kernenergie(Westinghouse).

Die US-Ukraine Foundation , eine NGO des Kapitals(auch u,a. TNK-BP.;Coca Cola, Ratheon wie Achmetows System Capital Management), ist dort schon seit 1991 beeinflussend im Boot.

Ausgerechnet der Sohn von Vizepräsident Biden, Vertreter einer scharfen antirussischen und proukrainischen Politik im Weißen Haus, ist Vorstandsmitglied von Burisma Holding. Burisma ist der größte privatwirtschaftliche Gasproduzent der Ukraine und hat Rechte auf viele große Gasfelder. Auch erst im April wurde Devron Archer in den Vorstand aufgenommen, ein enger Freund und Spendeneintreiber von US-Außenminister Kerry. In dem vierköpfigen Vorstand gibt es keinen Ukrainer, 2013 wurde der amerikanische Investmentbanker Alan Apter aufgenommen und 2014 noch schnell der ehemalige polnische Präsident Aleksander Kwasniewski.

- Die Poroschenko-Regierung hat bereits mehr als 100 Vorschriften geklappt, die Investoren stören könnten. Diese Deregulierungskampagne wird offiziell aber als Korruptionsbekämpfung ausgegeben.

Die „Volkserhebung“ in der Ostukraine

Während der Maidan in Kiew aus dem ideologischer (Oligarch -Janukowitsch) “Gangsterweg“ und Pro-Europa -Protest der Mittelschichten zur nationalistischer Wende des Rechten Sektors unter Faschisten -Dominanz wurde, kommt es im Osten und Süden (Donbass als „industrielle Herz“ der Ukraine) für einige zu einer Revolution der arbeitenden Bevölkerung , die allerdings mit der äußersten Rechten aus dem Westen der Ukraine konfrontiert ist.

Sie verlangen nicht mehr nur eine Förderalisierung, sondern nun auch die Verstaatlichung der Kohleminen , die Aufteilung des Oligarchen-Reichtums, die Auszahlung ihrer Löhne und sind gegen das ganze IWF-Paket.

Der reichste Oligarchen, Rinat Achmetow ist bereits nach Kiew geflüchtet und ist auf die Seite der Westler übergetreten.

Gegenüber dem streng zentralistisch organisierten Staat(oligarische Regions-Gouverneure nicht gewählt, sondern von Zentralregierung eingesetzt) wird eine weitgehend selbstbestimmte, regionale Struktur gefordert andernfalls einen Anschluß an Rußland.

Putin befürchtet bei letzterem die Ansteckungsgefahr dieser sozialen Erhebung für Rußland, zumal sich in Rußland die soziale Frage zuspitzt und mit westlichen Sanktionen auch die Unzufriedenheit und Destabilisierung dort anwachsen soll.

Gründe von Rußland-Verstehern

- Versprechen des Westens von 1990 zur deutschen Einigung keine weitere NATO-Osterweiterung wurde systematisch gebrochen
- 1999 völkerrechtswidriger NATO- Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit 1. NATO-Osterweiterung
- völkerrechtswidrige US-Invasion des Irak 2003
- Aufbau des gegen Rußland gerichteten Raketenabwehrschildds zur Erlangung der Erstschlagsfähigkeit
- „bunte Revolutionen“ mit massiver westl. Unterstützung pro-westlicher Machthaber (Georgien2003, Ukraine)
- 2. Nato-Osterweiterung u.a. um ehemalige Sowjetstaaten
- Unterstützung des Umsturzes u.a. mit Faschisten in der Ukraine und Abschluss des EU-Assoziationsabkommens mit einer nicht legitimen Putschregierung, worüber die Ukraine faktisch dem westlichen Block beitrifft
- geistige und militärische Mobilmachung gegen Rußland

Aus einer Rede von Jürgen Wagner , IMI

NATO – Beschlüsse in Wales 2014

Die NATO-Russland-Akte aus dem Jahr 1997 wird faktisch aufgekündigt, in der es heißt: „Die NATO und Russland betrachten einander nicht als Gegner.“ Mit dem „Readiness Action Plan“ wurde nun also ein neues Kapitel aufgeschlagen: erneut in eine Phase der offenen Konfrontation.

„Ein Schlüsselement für die Neuausrichtung der NATO ist ihr sogenannter Readiness Action Plan [...]. Viele der Maßnahmen, die er enthält, etwa eine neue schnelle Eingreiftruppe von 4000 Mann, würden dem Krisenmanagement und der Verteidigung nutzen.“

Nach dem Afghanistan-Einsatz mit Blick auf Krisenbewältigung außerhalb des Bündnisgebietes konzentriert, jetzt geht es wieder um „Landesverteidigung in Europa“.

Konfrontation mit Russland und das Feinbild via Medien wird generell dafür genutzt, um der NATO neues Leben einzuhauchen und ihre aggressive Interventionspolitik mit mehr Ressourcen / Rüstungsausgaben auszustatten.

Entwicklung im Verhältnis NATO - UNO

Susan George's Hinweis zum verstärkten Lobby-Einfluss auf die UNO:

TNC's, nun im „Global Compact“ vertreten, der innerhalb der UNO vor 15 Jahren von Kofi Annan und dem damaligen Chef von Nestle gegründet wurde. Bei der UNO Umweltkonferenz 2012 Rio+20 dominierte diese Unternehmerseite mit dessen größten Event „Business Day“. Dort hieß es: „Wir sind die größte Wirtschaftsdelegation, die je an einer UN-Konferenz teilnahm... Die Wirtschaft muß die Führung übernehmen, und wir übernehmen die Führung.“ Die TNC's fordern nun die förmliche Beteiligung an den UN-Klimaverhandlungen.

NATO soll die (ohnmächtige Versager-) UNO bei internationalen Konfliktsituation (möglichst unter US-Führung militärisch) ersetzen

NATO unter US-Kontrolle sorgt mit dem Arsenal der Integrationsschritte s.o. bei weiteren Neuaufnahmen für homogenen, westlich orientierten Block von Staaten (bei wachsender Bedeutungslosigkeit der UNO)